

MEDIENINFORMATION

IHRE ANSPRECHPARTNERIN:

Juliane Dorf-Leu

E-MAIL:

gs@itnet-th.de

DATUM:

19.09.2025

Schutz privater Chats und Verschlüsselung in Gefahr

**ITnet Thüringen e.V. formuliert offenen Brief an die
Landesregierung und fordert:
EU-Pläne zur Chatkontrolle müssen gekippt werden**

**Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Voigt,
sehr geehrter Herr Minister Schütz, sehr geehrte Frau Staatssekretärin Starke,**

wir wenden uns als ITnet Thüringen e.V., dem Netzwerk der Thüringer IT-Wirtschaft, in großer Sorge an Sie. Anlass unseres Schreibens sind aktuelle Pläne auf EU-Ebene zur sogenannten Chatkontrolle. Dänemark hat kürzlich als EU-Ratspräsidentschaft einen neuen Gesetzesvorschlag eingebracht, der Internetdienste verpflichten würde, die privaten Chats und Nachrichten aller Nutzerinnen und Nutzer automatisiert auf bestimmte illegale Inhalte zu durchsuchen. Aus unserer Sicht markiert dieser Vorstoß den **Beginn einer anlasslosen Massenüberwachung der digitalen Kommunikation in Europa** – ein Weg, den wir mit Blick auf Grundrechte und IT-Sicherheit für äußerst gefährlich halten.

Selbstverständlich befürworten wir das Ziel, Kinder und Jugendliche wirksam vor sexuellem Missbrauch zu schützen und strafbare Inhalte zu bekämpfen. Allerdings darf dies nicht durch Maßnahmen geschehen, die das Fernmeldegeheimnis und die Vertraulichkeit der Kommunikation aller Bürgerinnen und Bürger aushebeln. Genau dies würde die vorgeschlagene Chatkontrolle bedeuten: **eine ständige, präventive Durchleuchtung privater Unterhaltungen ohne jeden konkreten Verdacht**. Das Europäische Parlament hat eine solche anlasslose Vollüberwachung bereits unmissverständlich als „Massenüberwachung“ gebrandmarkt und fordert stattdessen, sich auf gezielte Maßnahmen gegen tatsächlich Verdächtige zu beschränken. Der neue dänische Entwurf ignoriert diese berechtigte Kritik jedoch und sieht erneut eine verpflichtende Überwachung aller Chats – selbst Ende-zu-Ende-verschlüsselter Kommunikation – mittels Client-Side-Scanning vor.

Wir möchten eindringlich auf die schwerwiegenden rechtsstaatlichen Probleme dieser Pläne hinweisen. Der Juristische Dienst des Rates der EU hat bereits festgestellt, dass eine derartige Chatkontroll-Regulierung nicht mit den Grundrechten vereinbar ist. Insbesondere wurde klargestellt, dass der Zwang zum Client-Side-Scanning – also zum Auslesen von Nachrichten direkt auf den Geräten der Nutzer – einen **Verstoß gegen die Menschenrechte** darstellt. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bekräftigte im vergangenen Jahr, dass eine Schwächung oder Umgehung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, die alle Nutzerinnen und Nutzer betrifft, gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt. Diese hochrangigen juristischen Einschätzungen unterstreichen, wie gefährlich der eingeschlagene Weg ist.

Darüber hinaus hat der **Deutsche Anwaltverein (DAV)** – der rund 60.000 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte vertritt – mit deutlichen Worten **vor den Chatkontrolle-Plänen gewarnt**. In einer aktuellen Stellungnahme bezeichnet der DAV den neuen Vorschlag als „rechtsstaatlich hochproblematisch“ und warnt vor einer „flächendeckenden Überwachung privater Kommunikation“. Der Präsident des Anwaltvereins vergleicht die Maßnahme mit einem Szenario, in dem in einem Postamt jeder Brief geöffnet und kontrolliert wird – ein Zustand, der mit unseren Grundrechten auf Datenschutz, Achtung der Privatheit und dem Schutz vertraulicher Kommunikation unvereinbar wäre. Dieses anschauliche Bild macht deutlich, welch beispiellosen Eingriff in die Privatsphäre aller Bürgerinnen und Bürger eine Chatkontrolle bedeuten würde.

Ein weiterer Aspekt, der uns als IT-Netzwerk besonders beunruhigt, ist der **Angriff auf die sichere Verschlüsselung**. Die aktuellen Pläne kämen faktisch einer Umgehung wirksamer Ende-zu-Ende-Verschlüsselung gleich. Wenn Anbieter gezwungen werden, jede Nachricht noch vor der Verschlüsselung oder direkt nach dem Entschlüsseln zu durchleuchten, wird damit die **Grundlage sicherer digitaler Kommunikation zerstört**. Sicherheitslücken wären die zwangsläufige Folge. Diese **Schwächung der IT-Sicherheit** träfe uns alle – von Unternehmen, die auf vertrauliche Kommunikation und Geschäftsgeheimnisse angewiesen sind, bis hin zu Berufsgeheimnistägern wie Rechtsanwältinnen, Journalisten oder Ärztinnen, die die Vertraulichkeit sensibler Informationen garantieren müssen. Letztlich würde eine Chatkontrolle das Vertrauen in digitale Dienste massiv beschädigen, ohne dass Kriminelle sich nicht längst durch Ausweichen auf Nischenplattformen oder eigene Verschlüsselungslösungen dieser Überwachung entziehen könnten.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Minister, Thüringen hat eine lange Tradition, sich für Freiheitsrechte und Datenschutz einzusetzen. Wir appellieren daher eindringlich an Sie und die Landesregierung, sich **mit allem Nachdruck bei der Bundesregierung für den Erhalt der Vertraulichkeit digitaler Kommunikation einzusetzen**. Bitte treten Sie dafür ein, dass Deutschland im EU-Rat die vorgeschlagene Chatkontrolle ablehnt und sich stattdessen für verhältnismäßige, grundrechtskonforme

Alternativen stark macht. Einige unserer europäischen Nachbarn haben bereits klare Kante gegen die Chatkontrolle gezeigt – so hat z.B. das österreichische Parlament früh eine Resolution gegen die anlasslose Überwachung verschlüsselter Kommunikation verabschiedet. Es liegt nun auch an Deutschland, den hohen Wert der privaten Kommunikation zu verteidigen und ein deutliches Signal nach Brüssel zu senden.

Wir würden es begrüßen, wenn der Freistaat Thüringen hier eine vorbildliche Rolle einnimmt. **Nutzen Sie bitte Ihren Einfluss im Bundesrat und in der Konferenz der Landesdigitalminister, um den Schutz der Bürgerrechte im digitalen Raum zu wahren.** Setzen Sie sich dafür ein, dass weder Social-Media-Chats noch andere private Nachrichten ohne konkreten Anlass durchleuchtet werden. Eine Politik der allgemeinen Chatkontrolle würde einen Dammbruch bedeuten – heute für den Bereich Kindesmissbrauch, morgen womöglich für weitere Straftatbestände oder missliebige Inhalte. Eine solche Ausweitung der Überwachungs-Infrastruktur in unserem digitalen Alltag gilt es zu verhindern, bevor Vertrauen und Freiheit irreparablen Schaden nehmen.

Abschließend möchten wir betonen, dass wir als **ITnet Thüringen e.V.** jederzeit bereit sind, den **Dialog zu suchen und unser technisches Fachwissen einzubringen.** Die Digitale Gesellschaft lebt vom Vertrauen der Menschen in sichere Kommunikation – dieses Vertrauen dürfen wir nicht aufs Spiel setzen. Wir hoffen daher sehr, dass Sie unserem Appell Gehör schenken und sich klar für die Bewahrung der digitalen Bürgerrechte positionieren. Im gemeinsamen Interesse aller Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft in Thüringen bedanken wir uns im Voraus für Ihr Engagement in dieser wichtigen Angelegenheit.

Mit freundlichen Grüßen,

gez. Vorstand des ITnet Thüringen e.V.

Weitere Informationen und Kontakt zum Abruf von Fotos:

Juliane Dorf-Leu, Geschäftsstellenleiterin des ITnet Thüringen e.V.
E-Mail: gs@itnet-th.de, Mobil: 0151/ 5739 2845